

Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr	309/HH 7
		TOP:	
	Verhandlung	Drucksache:	1422/2011
		GZ:	9011-05

Sitzungstermin:	16.12.2011
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	OB Dr. Schuster
Berichterstattung:	der Vorsitzende, EBM Föll
Protokollführung:	Herr Häbe pö
Betreff:	Festsetzung des Doppelhaushaltsplans und Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2012/2013

Beratungsunterlage ist die dieser Niederschrift angeheftete Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 16.12.2011, GRDRs 1422/2011.

Die GRDRs 1422/2011 wird eingehend von EBM Föll erläutert. Dabei weist er auf die 1. Änderungsliste zum Stand der Etatberatungen vor der 3. Lesung und auf die 2. Änderungsliste, die der GRDRs 1422/2011 anhängt, hin. Insbesondere stellt er dar:

- Der Ergebnishaushalt endet mit einem negativen Saldo 2012 von 8.409.814 € und 2013 mit einem Minus von 107.347.207 €. Dies entspricht einer Verschlechterung gegenüber dem Stand vor der 3. Lesung von rund 4,7 Mio. € im Jahr 2012 und von 2,7 Mio. € im Jahr 2013.
- Der Finanzierungsmittelbedarf beträgt im Jahr 2012 rund 69,58 Mio. € und im Jahr 2013 rund 204 Mio. €.
- Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigungen) wird im Jahr 2012 auf 70.700.000 € und im Jahr 2013 auf 217.400.000 € festgesetzt / insgesamt 288.100.000 € und somit 8 Mio. € mehr als vor Beginn der 3. Lesung.
- Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf 150.563.000 € im Jahr 2012 und auf 203.097.000 € im Jahr 2013.

- Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf jeweils 200 Mio. € in den Jahren 2012 und 2013 festgesetzt.

Die Zahlen zeigten, dass im Jahr 2013 wirklich an die äußere Grenze der Genehmigungsfähigkeit gegangen werde. Zu hoffen sei, dass im Haushaltsvollzug diese äußere Grenze nicht erreicht werde.

Zudem bedankt sich EBM Föll beim Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit bei schwierigen Haushaltsplanberatungen. Insbesondere wolle er sich bei denjenigen Ratsmitgliedern bedanken, die dafür Sorge getragen haben, dass der Korridor der Genehmigungsfähigkeit nicht nur verbal, sondern auch tatsächlich eingehalten worden sei. Seinem Dank an die Stadtkämmerei und an die Verwaltung schließen sich die Sprecherinnen und Sprecher der Gemeinderatsfraktionen an.

StR Pätzold (90/GRÜNE) bezeichnet die zu Ende gegangenen Haushaltsplanberatungen als ein hartes Stück Arbeit. Ein so eng an der Grenze zur Genehmigungsfähigkeit befindlicher Haushalt dürfe nicht zur Regel werden. Da sich seine Fraktion sehr stark in den Ergebnissen der Haushaltsplanberatungen wiederfinde, werde dem Haushalt auch zugestimmt. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und auch die Zusammenarbeit unter den Fraktionen sei sehr konstruktiv gewesen, insbesondere in der kritischen Phase der 2. Lesung. Er kündigt an, dass seine Fraktion bei der Umsetzung des Haushalts darauf achten wird, dass der nun vorgegebene Rahmen auch eingehalten wird. Seine Hoffnung ist, dass alle Fraktionen dem Doppelhaushaltsplanentwurf zustimmen. Die in Angriff genommenen großen Aufgaben Schulsanierung, Ganztagesausbau und Kindertagesstättenausbau machten es notwendig, aufzuzeigen, dass alle Fraktionen diese Aufgaben umsetzen wollten. Nach außen müsse signalisiert werden, dass der Rat Schulden mache, um wichtige Zukunftsaufgaben der Stadt angehen zu können.

Auch von StR Kotz (CDU) wird das gute Miteinander der Fraktionen während der Etatberatungen gewürdigt. Dafür spricht er seinen Dank aus. Die CDU-Gemeinderatsfraktion finde sich in dem nun gefundenen Ergebnis sehr gut wieder. Die CDU-Gemeinderatsfraktion sei froh darüber, dass es gelungen sei, für die Zukunft der Stadt, für die Zukunft "unserer Kinder" noch in einem vernünftigen Kreditrahmen zu bleiben. Seine Fraktion werde dem Beschlussantrag zustimmen.

Nach Einschätzung von StRin Dr. Blind (SPD) ist es im Verlauf schwieriger Haushaltsplanberatungen allen Fraktionen gelungen, die ihnen wichtigen Dinge in den Haushalt einbringen zu können. Die Zusammenarbeit mit den Fraktionen sei fair und gut gewesen.

Nach Einschätzung von StR Zeeb (FW) hat EBM Föll dem Gemeinderat mit dem Doppelhaushaltsplanentwurf 2012/2013 eine besondere Verantwortung übertragen, an der der Gemeinderat zunächst schwer zu tragen gehabt habe. Der Gemeinderat habe diese Herausforderung angenommen und wie sich heute zeige letztendlich einen vernünftigen Haushalt aufgestellt. Der Vernunft einiger

Ratsmitglieder sei es zu verdanken, dass es doch noch gelungen sei, einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf dem Regierungspräsidium vorlegen zu können. Insbesondere gelte seine Wertschätzung StR Pätzold, der viele Themen kritisch und mit finanzpolitischem Gespür, ganz im Sinne der verantwortungsvollen Sachpolitik der Freien Wähler, angesprochen habe. Irritiert sei er von der SPD-Gemeinderatsfraktion gewesen, die immer wieder alles für wichtig und für unabdingbar angesehen habe, ohne die Finanzierung zu hinterfragen. Nicht nötig gewesen sei ein Teil der auch von der CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützten Kulturausgaben.

Die Bedeutung des Bürgerhaushalts wird von ihm kritisch angesprochen. Insgesamt sei der Stuttgarter Gemeinderat seiner Verantwortung gegenüber den Bürgern gerecht geworden. Trotz der hohen Schuldenlast werde seine Fraktion dem Haushaltsplanentwurf zustimmen.

Von StR Klingler (FDP) wird nachhaltig bedauert, dass zahlreiche Sparvorschläge seiner Fraktion nicht aufgegriffen worden sind. Das von vielen Fraktionen vorab erklärte Ziel, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, habe letztlich bedeutet, so hoch wie möglich in die Verschuldung zu gehen. Die aktuelle politische Mehrheit im Gemeinderat werde zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2014 eine Schuldenlast angehäuft haben, wie zuletzt im Jahr 2000, nämlich in einer Größenordnung von 560 Mio. €. Jeder Euro für Zinsen stelle einen verlorenen Euro dar.

Im weiteren Verlauf nennt er folgende Themen, die von seiner Fraktion angestoßen worden sind, die allerdings keine Mehrheit gefunden haben: ganz- oder teilweise Rücknahme der Grundsteuererhöhung, Ausbau des Stadtteilmanagements, verkehrskonzeptionelle Rahmenbedingungen, Fanprojekt und eine bessere Instandhaltung der Straßeninfrastruktur.

Angesichts der erforderlichen Einsparbedarfe, so die offizielle Begründung der Verwaltung, hätten bei dem von seiner Fraktion vorgeschlagenen liberalen Bildungspaket bedauerlicherweise Abstriche vorgenommen werden müssen. Darüber sei seine Fraktion zwar nicht glücklich, aber dennoch zeichne sich ab, dass die Stadt Stuttgart trotz der genannten Kürzungen dem Gesamtziel des Abbaus des Sanierungsstaus an Schulen näher komme. Anders sehe es bei den Kindertagesstätten aus. Hier müsse schnell etwas geschehen.

Der jetzt vorliegende Haushaltsplanentwurf weise keine konstante finanzpolitisch vertretbare Linie auf. Ihm persönlich sowie der gesamten FDP-Gemeinderatsfraktion seien Geradlinigkeit, Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit sehr wichtig. Das nun vorgeschlagene stelle einen Haushalt der Steuererhöhungen und der Kreditaufnahme dar. Leistungsträger würden viel zu wenig berücksichtigt. Die FDP-Gemeinderatsfraktion könne sich in diesem Haushalt nicht als vertreten ansehen. Daher könne dem Beschlussantrag auch nicht zugestimmt werden.

Nach Einschätzung von StR Rockenbach (SÖS und LINKE) haben die im Rahmen des Bürgerhaushalts gesammelten Themen bedingt durch die Bemühungen, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, keine Rolle

mehr gespielt. Die seitens der Bürgerschaft eingegangenen Anregungen bezeichnet er als guten Ideenspeicher. Überlegt gehöre, wie bei künftigen Etatberatungen die Vorschläge der Bürgerschaft besser gewürdigt werden können.

Ein Grundproblem des Doppelhaushaltsplanentwurfs sei, dass er keine Antworten auf die wirklichen Zukunftsfragen gebe. Der Entwurf verfüge über kein wirklich solides finanzielles Fundament. Die Verdreifachung der städtischen Schuldenlast lasse nicht die Spielräume in Zukunft zu, die benötigt werden, um umfassende Antworten auf die anstehenden Herausforderungen geben zu können. Beispielsweise fehlen ihm Antworten in Form innovativer Konzepte zu den Themen soziale Spaltung der Stadt und CO₂-freie Stadt. Der Haushaltsentwurf beinhalte zu vieles an Unnötigem und zu viel an Undurchdachtem. So könne man sich das Bahnprojekt Stuttgart 21 sparen, um eine Nullverschuldung der Stadt zu erreichen. Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE werde von daher mehrheitlich dem Beschlussantrag nicht zustimmen.

Anschließend trägt StR Dr. Schlierer (REP) vor, angesichts der steigenden Schuldenlast seien auch die Belastungen für die Zukunft angewachsen. Damit würden die in der Zukunft benötigten Spielräume weiter eingeschränkt. Zwar würden mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 wichtige Schwerpunktaufgaben einer Lösung zugeführt, es würden aber auch eine Reihe von verzichtbaren Vorhaben umgesetzt. Im Ergebnis erfolge eine unzureichende Priorisierung. Da neben den Bereichen Schulen, Kindertagesbetreuung und Soziales weitere Aufgaben angegangen werden müssten, bestehe für die Landeshauptstadt die Gefahr, in eine Schuldenfalle hineinzulaufen. Daher könne er dem Doppelhaushalt 2012/2013 nicht zustimmen.

Durch StRin Küstler (SÖS und LINKE) wird begründet, weshalb sie sich nicht der ablehnenden Position ihrer Fraktionsgemeinschaft anschließe. Zwar sei die Kritik von StR Rockenbach in großen Teilen zutreffend, ihrer Meinung nach sei es jedoch lohnenswert, mit Mut, Ausdauer, Zähigkeit und Geduld darum zu kämpfen, eine Stadt für alle zu erhalten. Der von ihr in ihrer Haushaltsrede erhoffte konstruktive Streit habe in den Haushaltsplanberatungen stattgefunden. Daher werde sie zustimmen.

In seiner Schlussbemerkung unterstreicht OB Dr. Schuster, er habe es als sehr positiv empfunden, dass eine breite Mehrheit des Gemeinderates den Schwerpunkt der Etatberatungen auf die Zukunftsfähigkeit der Stadt gelegt habe, um eine kinder- und jugendfreundlichere Stadtgesellschaft zu erreichen. Dazu gehöre die entsprechende Infrastruktur, beginnend bei den Krippen über Kindertagesstätten, Schülerhäuser, Ausbau der Schulen und die Schulsanierungen. Mit den beschlossenen Maßnahmen verbessere sich die Zukunftsfähigkeit einerseits individuell für jedes Kind/jeden Jugendlichen und andererseits für die gesamte Stadtgesellschaft, da nicht zuletzt dadurch auch der Wirtschaftsstandort Stuttgart eine Stärkung erfahre.

Die Freude werde allerdings durch die hohe zusätzliche Verschuldung getrübt. Es sei zu hoffen, dass es zu keiner Wirtschaftskrise komme. Dann würde sich sehr

schnell eine Situation ergeben, der entgegengesteuert werden müsste. Dies würde bedeuten, dass die nun nach langen Diskussionen abgewogenen Programme sich nicht so wie geplant umsetzen ließen.

Die Verwaltung werde sich selbstverständlich bemühen, beim Vollzug des Haushaltes schwäbisch sparsam zu sein. Eventuell lasse sich dadurch die Verschuldung etwas reduzieren.

Er bedankt sich bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für die intensive Arbeit der letzten Wochen. Im Frühjahr 2012 solle das Prozedere der Haushaltsplanberatungen, das der Gemeinderat als nicht ausreichend angesehen habe, analysiert werden. Für die Verwaltung seien die Abläufe auch nicht richtig befriedigend gewesen, inklusive des Themas "Umgang mit dem Bürgerhaushalt". Weiter bedankt er sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Ebenfalls gebühre sein Dank neben dem Service und dem Protokoll im Rathaus auch EBM Föll, der mit großer Sachkenntnis und Elan die Haushaltsplanberatungen maßgeblich gesteuert habe. Eine neue Erfahrung habe es für BM Wölflle dargestellt, vonseiten der Verwaltung die Haushaltsplanberatungen zu erleben.

Abschließend stellt der Vorsitzende die GRDRs 1422/2011 zur Abstimmung und hält fest:

Der Gemeinderat beschließt bei 48 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich wie beantragt.

zum Seitenanfang